



Bundestags-Kandidaten eine Stunde im Dialog

Leser können Bewerber von CDU, SPD, Linke, Grüne, FDP und AfD befragen / Teilnahme per Facebook, Post oder Mail

Altmark (mr) • Sie haben am Sonntag, 10. September, keine Zeit, um 15 Uhr die Kandidaten der sechs Parteien, die voraussichtlich dem nächsten Bundestag angehören, beim Wahl-Talk im Grünen der Volksstimme auf Gut Zichtau zu erleben? Auch bei den Stadtsee-Dialogen am 9., 13. und 15. September haben



Sie keine Zeit, möchten aber doch gerne Ihre Frage(n) loswerden? Kein Problem. Die Volksstimme holt alle sechs für eine Stunde in die Redaktion. Sie können in dieser Stunde dann Fragen über den Facebook-Kanal von Volksstimme Altmark (www.

facebook.com/vs.altmark) stellen. Wer lieber per Mail oder per Post Fragen loswerden möchte, kann auch dies nutzen. Hier die Termine: **Eckhard Gnodtke** (CDU): Freitag, 8. September, 11.30 Uhr bis 12.30 Uhr. **Marcus Faber** (FDP), Montag, 11. September, 17 bis 18 Uhr. **Mirko Wolff** (Grüne): Mittwoch, 13. September, 13 bis 14 Uhr. **Matthias Höhn** (Linke): Don-

nerstag, 14. September, 13 bis 14 Uhr. **Marina Kermer** (SPD): Donnerstag, 14. September, 17 bis 18 Uhr. **Matthias Büttner** (AfD): Mittwoch, 20. September, 16 bis 17 Uhr. In dieser Zeit können direkt über den Facebook-Kanal von Volksstimme Altmark Fragen gestellt werden. Fragen an die Bundestags-

kandidaten, die uns zuvor per Mail über redaktion.stendal@volksstimme.de oder per Post über Volksstimme, Redaktion, Hallstraße 51, 39576 Stendal, erreichen, werden wir den Kandidaten vorlegen. Bitte schreiben Sie in dem Fall genau, was Sie von wem wissen möchte. Über die Fragen und die Antworten berichten wir dann in der Volksstimme.

Vier Anträge für nächstes Jahr gestellt

Borchert gibt Tipp für Kunstrasenplatz

Salzwedel (ue) • Es gibt zwar noch keinen Kreishaushalt 2018, jedoch bereits Interessenten für die Zuschüsse im Rahmen der Sportstättenförderung. Norbert Block stellte für den Kreissportbund Altmark-West (KSB) während der Sitzung der Sport- und Kulturausschusses die vier bis zum Stichtag 1. September eingetroffenen Anträge vor (siehe Info-Kasten). Anfang September müssen die Anträge beim Landesverwaltungsamt eingereicht werden.

Ausschussvorsitzender Carsten Borchert (CDU) brachte während der Sitzung noch einmal ein Projekt zur Sprache, dass nicht auf der Liste für 2018 steht - der Bau eines Kunstrasenplatzes im Werner-Seelenbinder-Stadion. Das Projekt war auch kürzlich Thema beim Besuch von Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht in Salzwedel (Volksstimme berichtete). Eingeladen zum Treffen waren die Fraktionsvorsitzenden des Salzwedeler Stadtrates, jedoch nicht Gabriele Gruner (Die Linke), Vorsitzende des dafür zuständigen Ausschusses im Stadtrat. Diese zeigte sich daher auch während der Sitzung des Kreis-Ausschusses darüber einigermassen irritiert.

Borchert erinnerte an die Aussage beim Treffen des Ministers, dass bis zu 60 Prozent Fördermittel möglich und zuletzt vorwiegend Projekte im Süden Sachsen-Anhalts unterstützt werden seien. Allerdings müsse die Gegenfinanzierung stimmen. Die Fraktionschefs des Salzwedeler Stadtrates hatten gegenüber Stahlknecht auf die prekäre Finanzsituation der Hansestadt hingewiesen.

Aber die Sportanlagen würden auch vom Gymnasium und von den Sekundarschülern genutzt, also von Schulen in Trägerschaft des Kreises, so Borchert. Er könne sich daher auch einen Antrag der Stadt an den Kreis vorstellen. „Viele kleine Beträge machen am Ende auch einen großen Betrag.“

Vorhaben 2018

SSV 80 Gardelegen - Flutlichtanlage:
Gesamtkosten (GK) 40 088 Euro (€), Eigenmittel (EM) 4788 €, Zuwendung Altmarkkreis (AMK) 8800 €, Zuwendung Kommune (K) 6500 €, Zuwendung Land Sachsen-Anhalt (LSA) 20 000 €

SV Grün Weiß Potzehne - Beregnungsanlage:
GK 28 533 €, EM 7132 €, AMK 5300 €, K 4000 €, LSA 12 121 €

SV Winterfeld - Grundsanierung Tennisanlage:
GK 25 200 €, EM 3800 €, AMK 3300 €, K 5500 €, LSA 12 600 €

Schützenverein Mieste - Sanierung der Außenfassade des Schützenheimes:
GK 17 218 €, EM 2209 €, AMK 2600 €, K 3800 €, LSA 8609 €

Meldung

Seit Freitag gilt die Gefahrenstufe 1

Salzwedel (me) • Seit gestern gilt für den Altmarkkreis Salzwedel die Waldbrandgefahrenstufe 1. Darüber informiert das Betreuungsforstamt Westliche Altmark.

Entlastung für Straße umstritten

Frage der Woche: Güter auf der Elbe?

Altmark (tp) • Der BUND hält die Güterschiffahrt auf der Elbe in einem aktuellen Konzept für chancenlos. Was meinen die altmärkischen Landtagsabgeordneten?

„Es gibt für mich keinen neuen Stand. Die Elbe ist eine Bundeswasserstraße nach dem Bundeswasserstraßengesetz. Somit ist Gü-

terverkehr dort ausdrücklich erwünscht und er entlastet mit der Schüttgutbeförderung den Straßenverkehr“, meint **Jürgen Barth** (SPD). Man könne diese Funktion kleineren, er beteilige sich jedoch nicht daran.

„Der Güterverkehr auf der Elbe ist seit Ende der 90er Jahre um 80 Prozent eingebrochen“, rechnet **Dorothea Frederking** (Bündnis 90/Die Grünen) vor. Hunderte Millionen Euro Steuergelder seien verbaut worden, trotzdem konnten keine verlässlichen Fahrtiefen hergestellt werden, „doch verlässliche Planbarkeit ist das A und O im Gütertransport“.

Der Pegel ist auch Thema von **Andreas Höppner** (Die Linke): „Die Elbe ist wegen schwankender Wasserstände für den Schiffsverkehr schlecht planbar. Daran haben auch jahrelange Baumaßnahmen nichts geändert“. Durch einen weiteren Ausbau werde dieses Problem nicht gelöst. Im Fokus sollte stehen, die Elbe als Naturraum zu erhalten, die touristische Nutzung zu forcieren.

Ulrich Siegmund (AfD) nimmt sich den Urheber der Studie vor: „Die infrastrukturellen Kompetenzen vom BUND haben wir bei der A14 erlebt. Die Elbe und auch Havel, Saale und Mulde sind völlig unterschätzte Alternativen zum Güterverkehr auf der Straße“. Es würden mehr Transporte auf dem Wasser gebraucht, dies könne die Umwelt entlasten und regionale Betriebe fördern.

„Jede Tonne mehr auf der Elbe entlastet unsere Straßen und erhöht die Verkehrssicherheit“, meint **Hardy Peter Güssau** (CDU). Die Haltung des BUND zur Elbe sei wirtschaftsfeindlich und gefährde die Grundlagen der Binnenschiffahrt. Güssau fordert mehr Ladung auf die Elbe, dazu müssten notwendige Verbesserungen zur Schiffbarkeit umgesetzt werden - unter Beachtung strenger Umweltstandards.

Ulrich Siegmund

Hardy Peter Güssau

Ulrich Siegmund

Ulrich Siegmund

Ulrich Siegmund

Angst vor dem „Damoklesschwert“

Zweite Beratung zur Schließung der Giftmülldeponie in Brüchau / Bürger bleiben skeptisch

Abdecken oder den giftigen Müll fachgerecht entsorgen, das ist die entscheidende Frage, wenn es um die Sanierung der Bohrschlammdeponie in Brüchau geht. Zunächst stehen weitere Untersuchungen an. Bürgerinitiativler und Anwohner bleiben skeptisch.

Von Antje Mewes
Kalbe/Brüchau • Fast wäre es im Saal des Rathauses der Stadt Kalbe am Donnerstagnachmittag eng geworden. Vertreter der Stadt, von Behörden wie dem Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB), Politiker, Bürger und die Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Saubere Umwelt und Energie“ waren zur zweiten Beratung über mögliche Schließungsvarianten für die Bohrschlammdeponie Brüchau zusammengekommen. Eingeladen hatten Kalbes Bürgermeister Karsten Ruth und die Landtagsabgeordnete der Grünen, Dorothea Frederking. Hintergrund sei, Transparenz zu schaffen. „Besonders in Richtung Bürgerschaft“, erklärte Ruth. Das betroffene Unternehmen Engie E&P Deutschland hatte eine Teilnahme an den Gesprächen abgesagt und dies mit dem laufenden Verfahren begründet.

Thema waren weitere Schritte bei der Umsetzung des Sonderbetriebsplans, den die Betreiberfirma beim LAGB zur Genehmigung eingereicht hat. Er beinhaltet Untersuchungen, die sich in erster Linie auf die Dichtigkeit und Beschaffenheit der Grube und deren hochgiftigen Inhalt beziehen, darunter mehrere 100 Tonnen Quecksilber.

Diese Untersuchungen sollen erweitert werden, führte Maria Pak vom LAGB aus. Vor allem hinsichtlich sogenannter Emissionspunkte und der Grundwasserleiter. Sie schlug vor, für den Betriebsplan zunächst eine Teilgenehmigung



Mitglieder der Bürgerinitiative „Saubere Umwelt & Energie Altmark“ machten vor dem Kalbener Rathaus lautstark auf den Termin zum Thema Bohrschlammdeponie Brüchau aufmerksam.

zum Oktober zu erteilen. Dann könnte bereits mit der Erkundung des Deponiekörpers und der Geologie des Areals begonnen werden. Dabei seien die geforderte Messnetzerweiterung und Auflagen, wie zusätzliche Bohrungen, umzusetzen.

Listen auswerten

Auch der Grubeninhalt könnte bereits untersucht und Einlagerungslisten ausgewertet, sowie die geoelektrische Erkundung ausgeweitet werden. Die geplante Untersuchung des Grundwassers auch direkt unterhalb der Grube und das Netz der Emissionspunkte seien überarbeitungsbedürftig. Unter anderem müsse eine wasserrechtliche Erlaubnis eingeholt werden.

Die erhobenen Daten seien Grundlage des abschließenden Betriebsplans und für die Entscheidung über das Wie der Sanierung. „Ergebnisoffen“, wie der Präsident des LAGB, Kurt Schieber, betonte. Und genau das nahmen ihm die betroffenen Bürger und Mitglieder der BI nicht ab. Sie warfen dem

Bergamt und dem Unternehmen Verzögerungstaktik vor. „Es kommt mir so vor, dass alles getan wird, um die billige Methode der Abdeckung umzusetzen“, sagte BI-Sprecher Christfried Lenz. Das schlussfolgerte er daraus, dass der Sonderbetriebsplan zu großen Teilen auf einem Gutachten basiert, dass die Dichtheit der Grube nachweisen soll. Unverständlich war den Kritikern, warum nicht zumindest seit 1990 bekannt ist, was in Brüchau eingelagert wurde. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass daraus ein Betriebsgeheimnis gemacht wird“, betonte BI-Mitglied Lothar Leh-

mann. Misstrauen kam auch auf, weil Engie selbst für die Untersuchungen und Gutachten zuständig ist. Darauf antwortete Schieber: „Das Unternehmen muss den Nachweis erbringen, nur dann können wir zustimmen.“

Neue Verordnung

Hoffnung macht eine neue EU-Verordnung, die vorschreibt, dass ab 2018 Quecksilber nicht mehr oberirdisch gelagert werden darf. Unter anderem seien Salzstöcke dafür vorgesehen. Die Verordnung müsse aber erst in nationales Recht umgesetzt werden und das könne dauern, sagte Uwe Schaar vom LAGB. Zudem wurde in der Beratung nicht klar, ob sie nur für ab 2018 anfallendes oder bereits gelagertes Quecksilber gilt. Dies herauszufinden ist eine der Aufgaben bis zum nächsten Treffen.

Steffen Lötge aus Kakerbeck verdeutlichte, was die Anwohner in den Orten fühlen: „Wenn der Giftmüll nicht entfernt wird, hängt immer ein Damoklesschwert über uns.“



Die Befürchtungen der Bürger wurden auf Transparenten einer kleinen Demo deutlich. Fotos: Antje Mewes

Gut 700 offene Stellen im Altmarkkreis zu besetzen

Arbeitgeber melden Agentur im August 219 neue Angebote / Arbeitslosenquote liegt bei 7,5 Prozent

Salzwedel (me) • Im August haben 272 Westaltmärker einen neuen Job bekommen. Damit waren im Altmarkkreis 120 Personen weniger arbeitslos als noch im Juli. Darüber informiert die Agentur für Arbeit in ihrem Bericht zur Situation des Arbeitsmarktes. 223 Personen meldeten sich aus einer Erwerbstätigkeit arbeitslos. Damit liegt die Quote bei 7,5 Prozent.

Von den insgesamt 3471 arbeitslosen Männern und Frauen werden 1144 in der Arbeitslosenversicherung von der Agentur und 2327 in der Grundsicherung vom Jobcenter betreut.

219 Stellenangebote wurden für den Altmarkkreis zur Besetzung gemeldet. Das waren 66 Angebote mehr als im Juli. Aktuell sind 706 offene Stellen im Bestand.

Bürofachkräfte gesucht

Gesucht werden insbesondere Bürofachkräfte (55 Stellen), Helfer im Bereich Kunststoff- und Kautschukherstellung (24 Stellen), Maschinen- und Anlagenführer (21 Stellen), Fachkräfte im Objekt- und Personenschutz (21 Stellen) sowie Fachkräfte im Bereich Maschinenbau und Betriebstechnik (20 Stellen).

Arbeitsmarkt in der Region Altmark August 2017



Arbeitslosenquote Sachsen-Anhalt					
	August 2017:	8,2 %	Vormonat: 8,3 %		
Arbeitslosenquote Agentur Stendal (Altmark)					
	August 2017:	8,7 %	Vormonat: 9,0 %		
	Arbeitslosenquote	Arbeitslose	offene Stellen		
Stendal	11,5%	10,8%	10,4%	4537	957
Salzwedel	8,2%	8,2%	8,0%	1937	389
Gardelegen	7,2%	7,2%	6,9%	1534	317
Osterburg	9,1%	7,7%	7,5%	1074	130

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
Grafik: ProMedia Barleben GmbH